

Open Government Data

Ziele verfehlt

[26.11.2020] Die mit Open Government Data angestrebten Ziele wurden bislang weitgehend verfehlt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) an der Universität Tübingen. Kommunen bieten demnach ein breites Themenspektrum an Open Data an. Dieses werde aber vor allem innerhalb der Verwaltung genutzt.

Open Government Data werden bislang vor allem innerhalb der Verwaltungen, kaum aber von Unternehmen oder der Zivilgesellschaft genutzt. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) an der Universität Tübingen. Wie das IAW mitteilt, berücksichtigt die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie zum einen die Erfahrung von 23 deutschen Großstädten, die Open Data bereits eingeführt haben, sowie die Perspektive von zehn Großstädten, die bislang über kein Open-Data-Angebot verfügen. Demnach deckt das Open-Data-Angebot der Kommunen mittlerweile ein recht breites Spektrum an Themen ab. Häufig werden Daten aus den Bereichen Geografie oder Geobasisdaten sowie Bevölkerung und Gesellschaft bereitgestellt. Auch Strukturdaten der Kommunen zu Haushalt, Politik, Verkehr, Umwelt und Infrastruktur finden sich oft als Open Data.

Geringe Nachfrage von außerhalb

Innerhalb der Verwaltung sei die Nutzung der Open Data gängige Praxis. Nach Aussagen von zwei Fünfteln der befragten Kommunen werden sie häufig oder sehr häufig von der kommunalen Ebene nachgefragt. Allerdings herrsche die Einschätzung vor, dass positive Effekte auf die Arbeit der Verwaltung erst nach umfangreichen Investitionen in die Modernisierung zu erwarten sind. Zu diesen Investitionen zählen neben den technischen Voraussetzungen in erster Linie die kontinuierliche Weiterbildung der Beschäftigten.

Einzelne Bürger sowie die Wissenschaft nutzen laut der Studie die Informationsangebote ebenfalls. Für Unternehmen, Verbände und politische Parteien gelte das weniger. Zwar sei die Entstehung von Start-ups, die Verwaltungsdaten für neue Geschäftsmodell nutzen können, ein hervorgehobenes Ziel der gesetzlichen Open-Data-Regelungen. Allerdings haben sich in Deutschland keine durch solche Daten hervorgerufenen Gründungen etablieren können, teilen die Verfasser der Studie mit. Auch eine intensivere Bürgerbeteiligung durch Open Data sei bisher nicht feststellbar.

Restrukturierungen als Folge

Ein Grund für die geringe Nachfrage liegt laut IAW in der hohen Komplexität der Daten. Zur Nutzung müssen sie erst in Auswertungsprogramme übertragen werden. Das bedeute für mögliche Nutzer in vielen Fällen einen hohen Einarbeitungsaufwand. Begrenzt werde die Bereitstellung und Nutzung der Verwaltungsdaten außerdem durch fehlende Fachkenntnisse und Weiterqualifizierungen in den Kommunen. Auch fehle dem Datenangebot die erforderliche Themenbreite. Auf europäischer Ebene wurden mittlerweile Regelungen zur Ausweitung von Open Data beschlossen, heißt es vonseiten der Studienverfasser weiter. So sollen auch kommunale Unternehmen zur Datenbereitstellung verpflichtet werden. Eine weitere Forcierung des Themas würde laut IAW in der Verwaltung zu weitreichenden Restrukturierungen von Arbeitsabläufen, Entscheidungswegen und Kommunikationsprozessen führen.

Dies würde die Anforderungen an die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen erhöhen, zu umfangreichem Qualifizierungsbedarf führen und eine umfassende kommunale Anpassungsstrategie erfordern.

Ernüchterndes Fazit

Die Politik hat laut IAW hohe Erwartungen an Open Government Data geknüpft. Sie sollen wirtschaftliches Wachstum fördern und die Transparenz der Verwaltung erhöhen. Umso ernüchternder seien die Ergebnisse der Studie. Denn trotz zahlreicher Gesetze, die auf nationaler und europäischer Ebene verabschiedet wurden, kam den faktischen Veränderungen in den Verwaltungen bislang zu wenig Aufmerksamkeit zu.

(ve)

Die Studie des IAW kann hier heruntergeladen werden

Stichwörter: Open Government, Studie, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW)